

## Dokumentation

### ZUR INNERPOLITISCHEN LAGE IN DEUTSCHLAND IM HERBST 1929

#### *Vorbemerkung*

Am 28. 6. 1929 war im Reichstag die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes von 1922 gescheitert, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam. Mit frenetischem Jubel wurde diese Niederlage der Regierung Müller von der nationalsozialistischen und deutschnationalen sowie der kommunistischen Opposition begrüßt. Aber Reichsinnenminister Severing zögerte nicht, sofort neue gesetzgeberische Maßnahmen anzukündigen<sup>1</sup>. Schon wenige Monate später brachte er ein neues Republiksschutzgesetz ein, in dem die verfassungsändernden Paragraphen fehlten, so daß eine Annahme mit den Stimmen der Koalitionsparteien möglich wurde. Zur Begründung seines Entwurfes legte er den Mitgliedern des 21. Ausschusses des Reichstages (Strafrechtsausschuß) die unten wiedergegebene Denkschrift vor, die er am 9. 12. 1929 ebenfalls allen Ländern zur Kenntnis gab<sup>2</sup>.

In der kommentarlosen Aneinanderreihung von Beispielen exzessiver Agitation sowohl wie von Straßenschlachten entwarf Severing ein erschütterndes Bild der innerpolitischen Lage im Herbst 1929, in den Monaten der Auseinandersetzungen um den Young-Plan und am Vorabend der Weltwirtschaftskrise. Dabei erhob die Zusammenstellung keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium betonte vielmehr ihre Lückenhaftigkeit im Gegensatz zu allen Versuchen der Deutschnationalen, die Angaben im ersten Teil der Denkschrift als gelegentliche „Unmutsäußerungen kleiner Leute“ zu verharmlosen<sup>3</sup>.

Die Notwendigkeit eines Republiksschutzgesetzes, dessen erklärtes Ziel die Gewährleistung demokratischer Spielregeln im Kampf um die Gunst des Wählers war, ließ sich kaum besser beweisen. Aber zugleich enthüllte die Denkschrift auch das völlige Scheitern einer siebenjährigen Republiksschutzpolitik. Als man 1922 das erste

<sup>1</sup> Vgl. Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages Band 425, S. 3077.

<sup>2</sup> Ein Exemplar der maschinenschriftlich vervielfältigten Denkschrift mit Begleitschreiben Severings vom 9. 12. 1929 in den Akten des württembergischen Staatsministeriums. (Staatsarchiv Ludwigsburg E 131 N 9 Bd. 1 Nr. 306).

<sup>3</sup> Vgl. das Protokoll der 100. Sitzung des Strafrechtsausschusses vom 17. 12. 1929, S. 4f. Im preußischen Justizministerium prüfte man die Denkschrift und erwog Berichtsaufträge an einzelne Generalstaatsanwaltschaften; auf dem entsprechenden Aktenvortrag eines Referenten äußerte der Sachbearbeiter für das Ruhrgebiet in einer Randbemerkung vom 27. 12. 1929 Zweifel daran, ob sich diese Berichtsaufträge lohnten. „Schlägereien und Anrennpelen zwischen den Links- und Rechtsverbänden sind ja an der Tagesordnung; die Liste des Reichsministeriums des Innern ließe sich gewiß um hunderte von Fällen – und vielleicht sogar noch wirkungsvollere – vermehren.“ (Bundesarchiv Koblenz, Akten des preuß. Justizministeriums P 135/8478).

Republikenschutzgesetz schuf, da tat man es in der Absicht, die vollkommen vergiftete öffentliche Atmosphäre zu reinigen, dem Mißbrauch der Meinungs- und Redefreiheit zur „Schimpffreiheit“ und zum offenen Appell an die Gewalt zu steuern. Jetzt bewies sich, daß dieser Versuch fehlgeschlagen war. Im Zeitalter der Massendemokratie, in dem die Grenzen des legalen freien Meinungskampfes fließend wurden und die Agitation zunehmend zur affektbestimmten Demagogie entartete, ließ sich – besonders in einem Land ohne demokratische Traditionen – mit einer Beschränkung nur auf den Schutz demokratischer Methoden die Republik nicht sichern, zumal wenn – wie beim Republikenschutzgesetz – die Durchführung dieses Schutzes bei Staatsorganen lag, die dem bestehenden Staat vielfach ablehnend gegenüberstanden. Der Stil der radikalen Antirepublikaner auf der Rechten und Linken hatte sich gegenüber 1922 in nichts geändert, höchstens lag jetzt der Schwerpunkt weniger auf dem individuellen Terror, der mit dem Mord an Rathenau das Republikenschutzgesetz ausgelöst hatte, als vielmehr auf dem Massenterror der Straßenschlachten zwischen Rotfront und SA.

Die Situation des latenten Bürgerkrieges, die sich in Severings Denkschrift eindrücklich schon für den Herbst 1929 dokumentiert, wird man daher auch als ein Ergebnis eines konsequent durchgehaltenen Bekenntnisses zur wertneutralen Demokratie auffassen können. Das wirft zugleich ein Licht auf das Scheitern der Demokratie, wie es im März 1930 mit dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition deutlich wurde. Das bürokratische Notverordnungsregime, das die republikanische Regierung Müller ablöste und im Rückgriff auf die Traditionen des autoritären deutschen Obrigkeitsstaates die allgemeine Staatskrise zu überwinden hoffte<sup>4</sup>, war nicht nur das Produkt einer parlamentarischen Krise und persönlicher Intrigen, sondern war zugleich auch die Antwort auf die Lage in einem Staat, der nicht imstande war, seine eigene Autorität zu schützen, und der es dahin hatte kommen lassen, daß ihm radikale Demagogen seine Legitimität in den Augen der breiten Massen geraubt hatten. So schien der Rückzug auf eine überparteiliche Staatlichkeit der einzige Ausweg zu sein.

*Gotthard Jasper*

## Dokument

### Denkschrift des Reichsinnenministers Severing (Dezember 1929)

#### I.

Seit der Nichterneuerung des Republikenschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird. Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Tiefpunkt erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betäubenden Erscheinung ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Linken und auf der äußersten Rechten getrieben wird. Das Verhalten der

<sup>4</sup> Vgl. Besson, Waldemar, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933*. Stuttgart 1959, S. 153ff.

KPD-Fraktion des Reichstages anlässlich der 1. Lesung des Republiksschutzgesetzes am 4. 12. 1929 hat dem Hohen Hause einen lehrreichen Anschauungsunterricht über diese Aktionsmethode übermittelt. In folgendem wird eine Auswahl von Beispielen für die von rechts und links beliebte Hetze, die in den letzten Monaten durch kein Republiksschutzgesetz gezügelt werden konnte, gegeben.

Der „Niedersächsische Beobachter“ in Hannover (Folge 30) vom 27. 7. und „Das Landvolk“ in Itzehoe (Nr. 102) vom gleichen Tage führten in einem Aufsatz „Volksheer oder Garde der Demokratie“ folgendes aus: „Spuk in Berlin. Spät nachmittags auf dem Kurfürstendamm. Bars, Amüsierkneipen, Kokotten in Seide und Pelz, Negermusik aus drei Dutzend Kaffeehäusern . . . Die Nacht fällt ein. Hier aber wird es heller. Der Trubel wächst, Licht unzähliger Scheinwerferlampen macht die Augen, die Gesichter grell, maskenhaft, unheimlich. Alle Männer sehen aus, als könnte jeder sein: Minister, Schieber, Taschendieb, Börsianer, Bankier . . . Man sieht sich, kneift die Augen zusammen, denkt an den Begriff der „weißen Weste“ und lächelt suffisant „Na ja“ . . . Das ist das Gesicht des Staates von Weimar, den sich die Arbeiterschaft als Staat der ‚sozialen Demokratie‘ zu gestalten dachte.“

In der gleichen Nummer des „Niedersächsischen Beobachters“ fanden sich in einem Aufsatz „Republiksschützende“ folgende Äußerungen: „Das Machwerk des Herrn Isidor Witkowski, das nachher von dem Juden Preuß überarbeitet wurde und als Weimarer Verfassung in der deutschen Geschichte einen nicht eben feinen Ruf behalten wird, es wurde zum Heiligtum erklärt . . . Diesen Staat zu bekämpfen, ist überflüssig. Wir brauchen nur zu sagen, was seine Oberhäupter tun . . .“

Die im Juli in Pyritz (Pommern) erschienene Folge 30 der Zeitschrift „Die Diktatur“ brachte einen Aufsatz: „Die Flaggen am Tage von Versailles“: „ . . . Auch Schwarz-rot-gold, trotz geschmackloser und unheraldischer Zusammenstellung, wird fortleben als die Fahne ehrlicher Idealisten von 1848. Von den betrügerischen November-Verbrechern ist sie aber besudelt und beschmutzt worden, ein klägliches Eiterfetzen auf den schwärenden Wunden des Volkskörpers, für die man nur durchweg Ekel empfindet, um so größeren Ekel, als sie aufgedrungen wird.“

Die „Deutsche Zeitung“ (Berlin) Nr. 181 b vom 5. 8. machte in einem Aufsatz „Fahnenträger gesucht“ folgende Äußerungen: „ . . . Seitdem feiger Verzicht zum höchsten „Sittengesetz“ erhoben wurde, ist auch die Fahne – des derzeitigen Staates – gewissermaßen zu einer geschäftlichen Angelegenheit geworden, zu einem Reklameschild aus der Grenadierstraße. So ungefähr wie das Aushängeschild eines Altkleiderhändlers oder der Anpreisung eines billigen Mittagstisches.“

In der deutschnationalen „Niedersächsischen Zeitung“ (Hannover) vom 9. 8. wurden in einem Aufsatz „Schwarz-rot-gelbe Tücher blähen sich“ die Reichsfarben als „schwarz-rot-gelbe Lappen und Fetzen“ bezeichnet.

Dieselbe Zeitung bezeichnete in ihrer Nr. 187 vom 11. 8. in einem Aufsatz „Republikaner“ die Reichsfarben als „Umrahmung für eine Gesinnung des Verrats“.

Am 11. 8. äußerte sich in Krefeld der Anstreicher Paul Heckers öffentlich wie folgt über die Reichsfarben: „Beim nächsten Verfassungstage sind wir oben, und dann liegt Eure Fahne schwarz-rot-scheiße im Dreck.“

Am 16. 8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung der National-Sozialisten in Wanne-Eikel (Westfalen) die Republik als einen „Sau- und Schweinestall“.

In einem Aufsatz „10 Jahre Judenrepublik“ des „Westdeutschen Beobachters“ (Köln) Nr. 19 vom 18. 8. wurde am Schluß ausgeführt: „Eine traurige Bilanz fürwahr: 10 Jahre Judenrepublik. 10 Jahre Volksbetrug. 10 Jahre Börsengaunerei. 10 Jahre erbitterter Kampf gegen diese Halunken und Verbrecher, die im Jahre 1918 der deutschen Front den Dolch in den Rücken stießen und uns an die internationale Judenhochfinanz verkauften und verrieten (um) des schnöden Mammons willen.“

Bei einer Werbeveranstaltung der „Roten Hilfe“ in Siegburg (Rheinprovinz) am 18. 8. sprach der Bezirksleiter und Reichstagsabgeordnete Kollwitz von den „schwarz-rot-mostrichen“ Farben.

Bei einem öffentlichen Sprechabend der Ortsgruppe Krefeld der NSDAP am 23. 8. erklärte der Vorsitzende, Bankbeamter Willi Burath, folgendes: „Zwischen den Augusttagen von 1914 und den Augusttagen von 1929 liegt die Gründung und das 10jährige Bestehen der Saurepublik von heute.“

In der im August in Pyritz (Pommern) erschienenen Folge 33 der Zeitung „Diktatur“ wurde Reichskanzler Müller als „Reichskanzler der Börsenkolonie“ bezeichnet.

In der gleichen Nummer dieser Zeitschrift befand sich eine Notiz „Aus der Gesellschaft“: „Großes Lob gebührt auch der Frau eines Kunsthändlers in Prerow, die der dortigen Abortfrau die Anbringung von schwarz-weiß-roten Fähnchen in strengen Worten zum Vorwurf machte. An ein Klosett gehören nur die Farben der derzeitigen Republik, schon um die Vergangenheit des Reichskanzlers Müller zu ehren.“

Gelegentlich des Stahlhelmtages in Brandenburg am 31. 8. bezeichnete der Landwirt Oswald Herter die Reichsfarben öffentlich als „schwarz-rot-scheiße“.

Die in Wiesbaden im August als 2. Augustaussgabe erschienene Folge 32 der Zeitschrift „Nassauer Beobachter“ brachte in einem Aufsatz „Das Werk von Weimar“ folgende Ausführungen: „... Wenn man die dummdreiste Lüge dieser Judenrepublik, die ganz konsequent die Fortsetzung der Revolte ist, des näheren beschaut, dann glaubt man den Geist eines betrügerischen Börsenmaklers zu verspüren, und hinter diesem Verfassungsbüchlein steigt dann der Hugo Preuß empor als Symbol eines Staates, der von Juden geschaffen und gestützt wird und darum auch in dem Augenblick fallen muß, wo der Deutsche erwacht!“

Der Gauleiter der NSDAP, Otto Telschow, führte in einer öffentlichen Versammlung dieser Partei am 31. 8. in Lüneburg unter anderem aus, die SPD wäre längst erledigt, wenn sich nicht deutsche Staatsmänner in den Dienst dieser verfaulten und verdreckten Republik stellten.

Eine Nummer der in Pyritz erscheinenden Zeitschrift „Die Diktatur“ leitete eine Anfrage an das deutsche Außenministerium wie folgt ein: „An den alljüdischen Vollstreckungsbeamten mit dem Titel Reichsaußenminister, Bruder Freimaurer Dr. Gustav Stresemann“. Eine Anfrage an den Reichswehrminister wurde wie folgt eingeleitet: „An den ehemaligen königlichen General, jetzigen alljüdischen Vollstreckungsbeamten mit dem Titel Reichswehrminister, Bruder Freimaurer Groener.“

Bei einem Stahlhelmmumzug am 1. 9. in Brandenburg sangen mehrere Zugabteilungen ein Lied, dessen Strophen mit den Worten endeten: „Die Reichsfarben schwarz-rot-scheiße“.

Der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Goebbels führte in der Zeitschrift „Der Angriff“ vom 2. 9. 1929 aus: „Ist es denn ein Wunder, daß wir gegen diesen Irrsinn zu Felde ziehen, den aktiven Aufstand gegen dieses verbrecherische System mit allen Mitteln organisieren und dem Aufschrei eines gepeinigten Volkes zum Durchbruch verhelfen. Pflanz die Fahnen des Widerstandes und des Aufbruchs auf die Straße frei!“

In der „Gladbacher Zeitung“ Nr. 207 vom 5. 9. hieß es: „... Zugegeben, daß die republikanischen Machthaber von heute die Bahn im politischen Spiel der Gegenwart frei haben. Wollen sie aber weiter als Landvogt Geißler durchs Land reiten, so kann ihnen nur eins gesagt werden: Für die Rolle des Wilhelm Tell wird sich schon eine passende Besetzung finden.“

Bei der Stahlhelmtagung am 8. 9. in Lüneburg durchzog ein Trupp Stahlhelmeleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: „Wir schießen auf die Republik!“

In einer öffentlichen Versammlung im Rheinland am 10. 9. sagte der Nationalsozialist Willi Veller aus Barmen über die Reichsflagge, man müsse die Fahne schwarz-rot-gold als Fahne der Schande, des Meineids und des Verrats bezeichnen.

In einer öffentlichen kommunistischen Versammlung in Freiheit (Kreis Osterode, Reg.-Bez. Hildesheim) am 14. 9. rief der Arbeiter Schubert in bezug auf die Minister Severing und Wissell: „Hängt sie an den Baum!“

Am 18. 9. führte Freiherr von Bodungen in einer öffentlichen Versammlung der Landvolkbewegung in Neumünster u. a. aus, Stresemann wäre ein Verräter am deutschen Volk und ein Verbrecher, der ins Zuchthaus gehöre. Die Versammlung quittierte mit Zwischenrufen wie „Aufhängen“ und „Totschlagen“.

Bei einem Zusammensein von Stahlhelmangehörigen im Ratskeller in Langenberg (Rheinprovinz) am 22. 9. nach der bekannten militärischen Übung wurde von mehreren Stahlhelmleuten ein Lied gesungen, dessen Refrain schloß „Schwarz-rot-mist“.

In einer Versammlung der NSDAP am 25. 9. in Wiesbaden bezeichnete der Redner Gustav Staebe die Verfassung als Judenverfassung und nannte die Republik eine Geldsackrepublik, weil die führenden Männer der heutigen Regierung sich die Taschen füllten und ein Prasser- und Schlemmerleben führten. Die Reichsfahne nannte er einen Fetzen von „Schwarz-Rot-Mostrich“.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hauptmann a. D. Wilhelm Lopper führte in einer öffentlichen Versammlung in Mannheim am 26. 9. unter anderem aus: „Der eine Teil des Volks verlangt die Monarchie, der andere die Republik. Auf der einen Seite steht das schwarz-weiß-rot angestrichene Bürgertum, auf der anderen Seite die schwarz-rot-goldene Mostrich-Republik.“

„Der Donau-Bote“ (Ingolstadt) Nr. 228 vom 3. 10. brachte im Anschluß an die Nachricht vom Tode des Reichsaußenministers Stresemann folgende Bemerkungen: „Deutschlands Außenminister Gustav Stresemann, Inhaber des Kontos S. Gustav, wurde, wie an den Telegrammtafeln heute früh zu lesen war, vom Schläge getroffen. Stresemann war in den Augen aller Pazifisten, der Sozialdemokraten und aller Stiefellecker der „glorreichste“ Außenminister, der es verstanden hat, das ganze Deutsche Volk zu versklaven und Deutschland selbst zu einer Kolonie der Siegerstaaten zu machen. Ein Aufatmen geht durch das national denkende Deutsche Volk, daß Stresemann nicht mehr ist und daß Gott so viel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner fluchwürdigen Tätigkeit jäh herauszureißen. Wir als Nationalsozialisten haben nur zu bedauern, daß es uns nicht mehr vergönnt war, ihn, den Volksverschacher vor die Schranken eines Staatsgerichtshofes zu schleppen, um ihm die verdiente Lektion zu erteilen, die ihn so fühlbar getroffen hätte wie seine Außenpolitik das ganze deutsche Volk.“

Der NS-Reichstagsabgeordnete Wagner führte in einer Versammlung in Köln am 6. 10. folgendes aus: „Wir holen aus zum letzten Schläge, seht euch vor, verteidigt euch. Über das Dritte Reich soll dieser Regierung das Genick abgedreht werden, und es könnte eines guten Tages heißen: „Draußen steht Standarte I, abtreten!“

Der Nationalsozialist Terboven äußerte in einer Versammlung in Essen am 7. 10.: „Die heutigen Regierungsvertreter haben auch für ihre Handlungen in der Vergangenheit dem deutschen Volk und insbesondere den Nationalsozialisten gegenüber mit ihren Köpfen zu haften.“

In einer öffentlichen Versammlung in Friedburg (Baden) am 13. 10. äußerte sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Feder: „Eine Fratze, die deutsche Republik, eine Fratze, die so schnell wie möglich beseitigt gehört.“

In einer öffentlichen Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller im Oktober führte der Nationalsozialist Julius Streicher aus: „Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan, er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher. Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist,

der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle.“

Der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Dreher verglich in einer öffentlichen Rede in Freiburg (Baden) am 16. 10. die Republik in ausladender Breite mit einer Hure.

In einer Rede am 22. 10. äußerte der Gauleiter der NSDAP Telschow: „Im Kampf gibt es Leichen, wenn es gegen den jüdischen Janhagel geht, schreiten wir auch über Gräber. Es kann sein, daß manche Mutter ihren Sohn verliert.“

Der Redakteur und Schriftsteller Mossakowski aus Berlin hielt am 24. 10. in Stettin in einer Versammlung der Nazis eine Rede, in der er folgende Wendungen gebrauchte: Die Regierungen seit dem Umsturz seien eine Rotte von Kleinbürgern und ein Geschlecht der Kastraten. Nach einem Sieg der nationalsozialistischen Sache würden sie (die Nationalsozialisten) die Minister nicht nur auf die Schultern klopfen und freundlichst auffordern, von den Sesseln herunterzugehen, oder sie bloß in den Hintern treten, sondern sie würden sie herunterholen und vor ein Gericht stellen, und dann werde es heißen, Auge um Auge und Zahn um Zahn. Das Volk müsse heute seine eigenen Sklavenaufseher bezahlen, die sich dann Herr Reichspräsident und Herr Reichskanzler nannten. Die Parole der gegenwärtigen Regierungsleute sei: „Bereichert Euch schamlos und schnell“. Wenn die Klärung erfolgt sei, wer international, und wer national sei, würden sie (die Nationalsozialisten) die anderen ächten und boykottieren; sie hätten noch andere Mittel, die er aber nicht weiter bezeichnen wolle. Im Volksbegehren habe sich auch die Intelligenz in ein Für und Wider gespalten; wer zurückfinde, solle willkommen sein, aber „die anderen werden unsere Faust zwischen die Augen bekommen“.

Der sächsische Landtagsabgeordnete der NSDAP Killinger führte Anfang November aus: „Hüten Sie sich davor, daß wir Ihnen nicht den Fehdehandschuh eines Tages hinwerfen und zwar, um mit Danton zu reden, nicht in Form eines abgeschlagenen Hauptes eines Königs, sondern wir werden Ihnen den Fehdehandschuh hinwerfen in Form von abgeschlagenen Köpfen Eurer Oberbonzen.“

In einem Lied der Nationalsozialisten heißt es:

„In München war die erste Schlacht / mit unserm braunen Heer,  
wer weiß, wann uns die zweite Schlacht / ruft wieder ins Gewehr.

...

und wenn die Handgranate kracht, / das Herz im Leibe lacht.“

Die NSDAP kündigte in Leipzig für den 13. November mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels als Redner eine Versammlung über das Thema an: „Republik, dein Name ist Sklarek!“

## II.

Die Folge solcher beschimpfenden, verhetzenden Äußerungen, deren Steigerung nicht mehr mit Mitteln der Sprache, sondern nur noch mit denen der Gewalt möglich ist, ist eine Aufwühlung der politischen Leidenschaften, die dann letzten Endes in der Begehung von Gewalttätigkeiten ihre Entladung findet. Eine keineswegs lückenlose Zusammenstellung von Zusammenstößen in der letzten Zeit mag als Beweis dafür folgen:

Am 25. Juli kam es in Wiesbaden zwischen Angehörigen der NSDAP und einem von einem Platzkonzert kommenden Reichsbannerzug zu einer Schlägerei, bei der sich die Nationalsozialisten der verschiedenartigsten Schlagwerkzeuge bedienten. Die Nationalsozialisten waren dem Reichsbannerzuge gefolgt und hatten die Angehörigen des Reichsbannerzuges beschimpft und tätlich angegriffen.

Anläßlich der Antikriegskundgebung der Kommunisten am 1. 8. in Berlin entstand in der Skalitzerstraße zwischen Reichsbannerangehörigen und Mitgliedern der KPD

eine Messerstecherei, bei der zwei Mitglieder des Reichsbanners durch Messerstiche verletzt wurden.

Am 2. 8. kam es in Nürnberg gelegentlich des nationalsozialistischen Parteitags in einer Wirtschaft zwischen mehreren Nationalsozialisten und Andersdenkenden zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf die Nationalsozialisten mit Biergläsern und Flaschen warfen.

Auch in einer ganzen Reihe übriger Fälle wurde festgestellt, daß während des Nürnberger nationalsozialistischen Parteitages (1.-4. 8.) Nationalsozialisten über dritte Personen herfielen und sie durch Drohungen oder Mißhandlungen nötigten, ihre politischen Abzeichen – zumeist handelte es sich um Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold – abzunehmen.

Gelegentlich der Verfassungsfeier und der Reichsbannerkundgebung am 10. und 11. 8. 1929 kam es in Berlin wie auch schon an den Tagen vorher verschiedentlich zu Ausschreitungen. Die Schuld traf in acht Fällen Mitglieder der KPD, in drei Fällen Mitglieder des Stahlhelms, in einem Fall ein Mitglied des Bismarckbundes.

Am 11. 8. ereignete sich in Berlin in der Schönhauser Allee ein Zusammenstoß zwischen Anhängern der NSDAP, welche die Angreifer waren, und Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus einer anfänglichen Anpöbele wurden tätliche Beleidigungen.

Am 21. 8. überfielen an der Südbrücke in Köln Kommunisten Angehörige der „Lützow-Jugend“, wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

Am 25. 8. wurden in Essen vier von einer Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kommende Mitglieder dieses Verbandes auf ihrem Heimwege von Nationalsozialisten überfallen. Die Nationalsozialisten rissen ihnen die Abzeichen des Reichsbanners ab und zerfetzten zum Teil ihre Kleidung. Die mitgeführten Musikinstrumente wurden zertrümmert; ein Reichsbannermitglied erhielt mit einem Schlagring einen Hieb über den Kopf.

Am 1. 9. 1929 überfielen in Köln einige Kommunisten zwei der Hitlerjugend angehörende junge Leute und verletzten einen durch Messerstiche in die Hand.

Am gleichen Tage veranstaltete der Stahlhelm in Hamburg einen Umzug nach dem Sportplatz in Lokstedt. An der Hamburger Grenze hatten sich etwa 500 Kommunisten angesammelt, die über die Stahlhelmmitglieder mit Stöcken, Totschlägern und Gummischläuchen herfielen. Den ganzen Tag wurden auch in der übrigen Stadt von Kommunisten Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende begangen, die teilweise schwer verletzt wurden. Zwei Stahlhelmmitglieder wurden in einer Straßenbahn von drei Kommunisten mißhandelt. Auf dem Soigny-Platz wurden aus einem Kraftwagen von Jungkommunisten Selterflaschen gegen die Teilnehmer eines marschierenden Stahlhelmszuges geworfen.

Am 6. 9. wurde in Köln ein Angehöriger der Lützow-Jugend von Kommunisten schwer mißhandelt.

Am gleichen Tag kam es in Oranienburg zu einer Schlägerei zwischen 25 Nationalsozialisten, die in ein von der KPD benutztes Versammlungslokal einzutreten begeherten, und Anhängern der KPD. Dabei fanden Messer, Spaten und andere gefährliche Werkzeuge Verwendung, so daß verschiedene Personen verletzt wurden.

Am 8. 9. wurden in Berlin am Wittenberg-Platz jüdisch aussehende Passanten von Anhängern der NSDAP überfallen und geschlagen.

Am 11. 9. überfielen in der Wohldorferstraße in Hamburg vier Kommunisten zwei Mitglieder des Reichsbanners.

Am gleichen Tage überfielen Kommunisten in Köln an der Süd-Brücke Mitglieder der „Lützow-Jugend“ und der Vereinigung „Kreuzfahrer“. Die Kommunisten hatten sich im Dunkel verborgen und auf die Angehörigen der „Lützow-Jugend“ gewartet. Bei dem Überfalle wurden drei Personen schwer verletzt.

Am 15. 9. wurden in Berlin auf dem Kurfürstendamm jüdisch aussehende Personen von Nationalsozialisten angepöbeln und geschlagen.

Am 22. 9. schlugen auf einem Berliner U-Bahnhof mehrere von einer Demonstration zurückkehrende Nationalsozialisten auf ein Mitglied des Reichsbanners ein.

Am 24. 9. versuchten Kommunisten eine nationalsozialistische Versammlung in Hamburg zu stören. Am selben Tage kam es in der Borgfelderstraße in Hamburg zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Am gleichen Tage kam es auch in Berlin an der Ecke der Neuen Friedrichstraße und der Schicklerstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Nationalsozialisten und eine unbekannte Person wurden verletzt. Die Zusammenstöße setzten sich nach der Holzmarkt-Straße fort, wo ein Mitglied der NSDAP einen Bauchschuß erhielt.

Am 26. 9. sollte in Neumünster in der Turnhalle eine öffentliche Versammlung der NSDAP stattfinden. Die Ortsgruppe der KPD hatte durch Handzettel zu einer Gegen demonstration aufgefordert. Teilnehmer der KPD drangen in das Versammlungslokal der NSDAP ein, griffen Angehörige der NSDAP an, raubten die Kasse mit dem Wechselgeld und zerstörten einen Bücherstand mit Zeitungen und Zeitschriften.

Am 27. 9. griffen auf einer in Schweidnitz von dem ADGB und anderen republikanischen Verbänden veranstalteten öffentlichen Jubiläumsfeier Mitglieder der SA der NSDAP aus Schweidnitz, Breslau, Waldenburg, Striegau und Freiburg die Versammlungsteilnehmer tätlich an. Sie mißhandelten die Anwesenden, insbesondere auch Frauen, mit Tisch- und Stuhlbeinen, Biergläsern und dergleichen, um so die Versammlung mit Gewalt zu sprengen.

Am 1. 10. überfielen im Anschluß an eine Versammlung in Berlin-Tegel Nationalsozialisten Angehörige der KPD und verletzten sie. In dem von den Nationalsozialisten benutzten Versammlungsraum wurden neun Totschläger, neun Schlagringe, sechs Dolche, zwei Messer und sechs Pistolen gefunden.

Am gleichen Tage wurden in Berlin in der Wienerstraße Angehörige der KPD ebenfalls von Nationalsozialisten überfallen und geschlagen.

Am 3. 10. wurde ein Kaufmann jüdischer Konfession in Herne in Westfalen von einem Mitglied der NSDAP ohne jede Veranlassung mit einem Holzstempel über den Kopf geschlagen, so daß er eine Gehirnerschütterung davontrug.

Am 12. 10. kam es in Düsseldorf zwischen Angehörigen der Hitlerjugend und Mitgliedern der KPD zu einem Zusammenstoß.

Am 13. 10. kam es wiederum in Düsseldorf zwischen Angehörigen der Hitlerjugend und der KPD zu einer Schlägerei, bei der vier Personen verletzt wurden.

Am gleichen Tage wurde ebenfalls in Düsseldorf ein Nationalsozialist beim Betreten einer kommunistischen Wirtschaft von Angehörigen der KPD als Nationalsozialist erkannt und mit einem Stock über den Kopf geschlagen.

Am 14. 10. kam es gelegentlich einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten und auf dem Rückmarsch von dieser in Hannover-Linden zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden. Bei der Durchsichtung verschiedener Gruppen nationalsozialistischer Versammlungsteilnehmer wurden drei Totschläger, neun Gummiknüppel, vier feststehende Messer, ein schwerer Messingmörserstampfer und eine Tüte Pfeffer gefunden.

Am 15. 10. überfielen nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung in Sagebiel bei Hamburg etwa 100 Kommunisten mit Knüppeln, Gummistäben usw. die Versammlungsteilnehmer.

Am gleichen Tage kam es in Nürnberg bei einer öffentlichen Versammlung, zu der der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei eingeladen hatte, zu Tätlichkeiten zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Eine Anzahl von Leuten aus beiden Lagern erhielten Schlag- und Stichverletzungen. Bei Entleerung des Saales nach



Schluß der Versammlung erneuerten sich die Tätlichkeiten, wobei durch Biergläser und andere Gegenstände wiederum Personen verletzt wurden. Ein anscheinend versprengter Teil der Nationalsozialisten traf später mit einem Trupp von Reichsbannerleuten zusammen mit dem Ergebnis neuer Tätlichkeiten. Hierbei erhielten sieben Reichsbannerleute Verletzungen durch Schläge und einer durch eine Stichwunde. Die Gesamtzahl der Verletzten betrug 32. Vom gleichen Tage wird aus Düsseldorf eine Schlägerei zwischen ehemaligen Stahlhelmmitgliedern und Kommunisten gemeldet.

Ebenfalls an diesem Tage kam es in Essen im Zusammenhang mit einer Versammlung der Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schlägereien mit Kommunisten.

Am gleichen Tag überfielen in Berlin-Treptow mehrere Nationalsozialisten einen Kommunisten und verletzten ihn.

Am 16. 10. wurde in Berlin-Schmargendorf in der Mecklenburgischen Straße ein Trupp Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mit Steinen beworfen. Zu einem weiteren kommunistischen Überfall kam es in der Nähe der Breitenstraße. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch einen Messerstich verletzt. Der Überfall der Kommunisten war planmäßig vorbereitet.

Am 18. 10. wurde in Leipzig im Anschluß an eine Jungwähler-Versammlung der Nationalsozialisten die Ruhe durch eine Schlägerei zwischen Versammlungsteilnehmern und jugendlichen Linksradikalen gestört.

Am gleichen Tage kam es im Anschluß an eine Versammlung über das Volksbegehren in Duisburg zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten, ehemaligen Stahlhelmmitgliedern und Andersdenkenden. Ein Führer der Nationalsozialisten wurde derart schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb.

Am 19. 10. wurden in Essen zwei Bergleute jüdischer Konfession von einem Mitglied der NSDAP und einem ehemaligen Angehörigen dieser Partei überfallen. Den Bergleuten wurden mit Dolchmessern erhebliche Verletzungen beigebracht. Die gleichen Täter schlugen am selben Abend eine weitere Anzahl jüdischer Kaufleute.

Auf dem Kranoldplatz in Berlin-Lichterfelde wurden am 20. 10. fünf Mitglieder des „Stahlhelm“ von Personen, die angeblich keiner Partei angehörten, mit Stuhlbeinen und Biergläsern angegriffen. Die Mitglieder des „Stahlhelm“ wurden als Strolche, Lumpen, Gesindel und Bluthunde beschimpft. Als Mitglieder des „Stahlhelm“ versuchten, in einen Straßenbahnwagen einzusteigen, schlugen die Täter auf das Fahrpersonal, die Fahrgäste und die Mitglieder des „Stahlhelm“ wahllos ein.

Am 21. 10. fand in Leipzig eine nationalsozialistische Versammlung mit dem Thema „Schwarz-rot-goldener Sklarekgeist“ statt. Dazu hatten sich gegen 900 Besucher, zur Hälfte Kommunisten, eingefunden. Beim Einmarsch der uniformierten SA-Leute fiel ein Schimpfwort von Seiten eines Kommunisten. Als sich einige SA-Angehörige gegen den Zwischenrufer wandten, entwickelte sich im Saal sofort eine Schlägerei, bei der mit Stühlen und Biergläsern zugeschlagen wurde. Verletzt wurden 28 Personen beider Parteien, davon 3 schwer.

Nach einer Versammlung im Kolosseum Hoheluft in Hamburg am 23. 10. wurden Jungstahlhelmlaute von Kommunisten überfallen und mit Stöcken und Totschlägern mißhandelt.

Am 29. 10. fand in Düsseldorf eine Versammlung der NSDAP statt. Die kommunistische Zeitung „Freiheit“ hatte ihre Anhänger zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert. Zahlreiche Kommunisten waren der Aufforderung gefolgt. Es kam zu Zusammenstößen, wobei die streitenden Parteien mit Stühlen aufeinander einschlugen. Beim Rücktransport auswärtiger Ortsgruppen der NSDAP auf Lastkraftwagen wurden diese Wagen mit Pflastersteinen beworfen.

Im Anschluß an eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialisten in Köln am 30. 10. kam es zwischen heimkehrenden Versammlungsteilnehmern und Kommu-

nisten zu einer Schlägerei, bei der ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt wurde. Nach den getroffenen Feststellungen liegt die Vermutung nahe, daß es sich um einen von den Kommunisten planmäßig vorbereiteten Überfall gehandelt hat.

Nach einer Versammlung der Nationalsozialisten am 1. 11. in Chemnitz entstand zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der KPD, die der Versammlung beigewohnt hatten, eine Schlägerei. Vier Nationalsozialisten wurden verletzt, davon einer schwer.

Am 3. 11. wurde gelegentlich eines Umzugs der Nationalsozialisten in Berlin-Steglitz ein Reichsbannermitglied von einem Nationalsozialisten geschlagen.

Am 4. 11. wurde in Koblenz ein von einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kommender Angehöriger dieses Verbandes von mehreren Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen.

Am 8. 11. wurde in Berlin-Schöneberg ein Mitglied der KPD von Nationalsozialisten überfallen und durch Messerstiche verletzt.

Am 14. 11. kam es vor einem in Berlin-Charlottenburg gelegenen Lokal, in dem eine Versammlung der Nationalsozialisten stattfand, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Hierbei wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Nationalsozialisten wurden als Angreifer festgestellt.

Am gleichen Tage wurden ebenfalls in Berlin-Charlottenburg im Anschluß an eine Versammlung des Stahlhelms Mitglieder der kommunistischen Jugend von Angehörigen des Stahlhelms überfallen und geschlagen.

Am 15. 11. überfielen Nationalsozialisten in Berlin-Karlshorst mehrere von einer Demonstration heimkehrende Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Am 16. 11. kam es in Berlin zwischen Klebekolonnen der NSDAP und der KPD zu einer Schlägerei.

Am 17. 11. wurden Mitglieder der SPD in Breslau, als sie die auf den Bürgersteigen für ihre Partei angebrachten und von den Kommunisten abgeänderten Wahlaufschriften wiederherstellen wollten, von etwa 30 Kommunisten angegriffen. Der Sozialdemokrat Fischer wurde dabei mit einem Kalkpinsel in das Gesicht geschlagen und der Kellner Schröter durch einen Tritt vor den Leib so schwer verletzt, daß er später daran starb.

Am gleichen Tag kam es in Wirnitz (Krs. Breslau) zu einer Schlägerei zwischen Mitgliedern des „Stahlhelm“ und andersgesinnten Personen.

Ebenfalls am gleichen Tag überfielen in Berlin Nationalsozialisten ein Mitglied der kommunistischen Jugend und verletzten es durch Messerstiche.

Auch in München ist es in den letzten Wochen gelegentlich von Versammlungen wiederholt zu Schlägereien zwischen Anhängern entgegengesetzter politischer Richtungen gekommen.

Dieser hier skizzierte Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden. Ein Mittel – sicherlich nicht das nachhaltigste und wirkungsvollste – bietet der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens. Gewiß werden durch ein solches auf rasche und naturgemäß äußere Wirkungen eingestelltes Zeitgesetz nicht die tieferliegenden Ursachen des beklagenswerten Zustandes mit einem Schlage beseitigt. Das Gesetz ist aber unentbehrlich, weil die naturgemäß langsam reifenden Wirkungen der staatlichen Aufbauarbeit nicht abgewartet werden können und die Bestimmungen des geltenden Straf-, Vereins-, Versammlungs- und Presserechts wie auch die auf einen Dauerzustand eingestellten Bestimmungen der entsprechenden Entwürfe in dieser erregten Zeit nicht ausreichen. Der akuten Erkrankung muß sofort mit Mitteln entgegengetreten werden, die eine weitere Ausdehnung erschweren.